

Die Studentenrevolte und ihre Gegner

Stefan Winckler



Fast unübersehbar erscheinen die Fälschungen zum Thema „1968“ in Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk. Wir finden nostalgische Trivialitäten neben geschichtswissenschaftlichen Erörterungen, aber auch kritische Rückblicke von Ex-68ern wie Götz Aly und Werner Olles sowie von dem früheren, nun gewandelten (nicht: gewendeten) Linksradikalen Klaus Rainer Röhl, oder deren Kindern wie Bettina Röhl.

Nie kann alles bereits gesagt und geschrieben worden sein. Es werden sogar wesentliche Punkte zu wenig oder gar nicht in der Debatte aufgeführt. Und diese Lücken möchte ich etwas auffüllen. Das soll aber nicht nach den moralphilosophischen Maßstäben von Gut und Böse erfolgen, sondern beschreibend und erklärend, wie Geschichte eben dargestellt werden sollte. Nicht zuletzt möchte ich die Gegner der 68er zumindest im Ansatz beschreiben und erklären. Denn es fehlt an Literatur über diese „Widerstandsnester“, abgesehen von

einem Sammelband, den Felix Dirsch, Hartmuth Becker und ich 2003 bei Leopold Stocker in Graz herausgegeben haben. Sein Titel lautet: „Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution“.

Erste These: Die Zeitenwende setzte 1961 ein, die Studentenrevolte folgte ihr, und zwar schon deutlich vor 1968. Die sogenannte 68er Bewegung bewegte sich schon Mitte der sechziger Jahre wie eine unterirdische Wasserader unter der Oberfläche und brach bereits 1966 und noch viel stärker 1967 für alle sichtbar durch. Und zwar spätestens am 2. Juni 1967, als ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg während der Demonstration gegen Schah Mohammed Reza Pahlevi in Berlin erschossen hatte.

Was waren die Ursachen und Voraussetzungen der Bewegung hierzulande? Die Zeitenwende war früher, und zwar von 1961 bis 1963. Der Bau der Berliner Mauer stellte den bisherigen deutschlandpolitischen Konsens vor neue Herausforderungen. Das Ausbluten der Ostzone war damit so gut wie beendet, und die Wiedervereinigung rückte in weite Ferne. Zwar gewann die CDU/CSU die Bundestagswahl von 1961 mit relativer Mehrheit, doch war die Abenddämmerung der Adenauer-Ära angebrochen; die FDP erklärte, mit der CDU/CSU regieren zu wollen, doch dürfe Adenauer nicht mehr Bundeskanzler sein. Und auch in der CDU, die die absolute Mehrheit verloren hatte, scharften die Anhänger des klassisch-liberalen Ludwig Erhard mit den Hufen.

Die Einführung der Antibabypille 1961 führte schon bald den Satz Adenauers „Kinder kriegen die Leute immer“ ad absurdum. Mitte der sechziger Jahre setzte ein deutlicher Geburtenrückgang ein. Die Ka-

tholische Kirche konnte ihre Moralvorstellungen immer weniger durchsetzen.

Das betont links-oppositionelle, obrigkeitskritische und dabei auch satirisch zugespitzte Fernsehmagazin „Panorama“, 1961 gestartet, wirkte auf viele traditionell-konservative Bürger frech, unverschämt, unerhört. Ging es den Magazinmachern Rüdiger Proske und Gerd von Paczensky um Kritik an nahezu allem, was nicht „links“ eingestuft werden konnte, bedeutete das Theaterstück „Der Stellvertreter“ von Rolf Hochhuth einen tiefergehenden Tabubruch: einen Vorwurf an den Papst Pius XII., dem Massenmord an den europäischen Juden ungerührt zugesehen zu haben.

Die „Spiegel“-Affäre 1962 endete letztlich mit einem Sieg des „Spiegel“ und seiner Pressefreiheit gegenüber dem Sicherheitsbedürfnis des Staates, für den Sieg der liberalen Hamburger Presse über die stärker etatistisch-konservativ denkenden Verantwortungsträger Adenauer und Strauß.

Auch in Sachen „Spielfilm“ ging eine Epoche zu Ende: Heimatfilme und Historienkitsch wie „Sissi“ waren weitgehend Vergangenheit, Schlagerfilme zogen immer weniger. Aus Frankreich kam die *Nouvelle Vague* mit ihren Gegenwartsthemen, und auch in England entstanden auf einmal sozialkritische Filme aus der Welt der kleinen Leute, oder der *working class*, wie man dort sagte. Junge Regisseure wie Alexander Kluge und Edgar Reitz meldeten sich mit dem Oberhausener Manifest 1962 unter dem Motto „Opas Kino ist tot“ zu Wort. Ihnen lag an der Darstellung der Realität, nicht an Träumen.

In der Geschichtswissenschaft formierte sich eine neue Generation von Historikern, die insbesondere in Person von Fritz Fischer Deutschland eine weit höhere Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zuwies und sich damit in den Gegensatz zu preußisch-konservativen und patriotischen Historikern wie Gerhard Ritter und Hans Rothfels stellte. Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“ erschien 1961 und löste eine

über mehrere Jahre andauernde Debatte von Historikern, Publizisten und Politikern aus.

Die NS-Vergangenheit rückte nicht etwa durch die Studentenbewegung in den Blickpunkt. Seit 1945/46 waren zahlreiche Bücher erschienen und Radiobeiträge entstanden. Der Eichmann-Prozeß in Jerusalem 1961 und der Frankfurter Auschwitz-Prozeß 1965 rückten die NS-Verbrechen massiv in die aktuelle Berichterstattung. Ein erheblicher Teil der Deutschen meinte Mitte der sechziger Jahre, es werde sogar zuviel über diese Themen in der Öffentlichkeit geredet.

In dieser Zeitenwende 1961 bis 1966 blieben die deutschen Politiker eher technokratisch-kühl als charismatisch. Konservative Signale, die eine breite Öffentlichkeit erreicht hätten, blieben weitgehend aus. Unglücklicherweise hatten wir einen Bundespräsidenten, der zwar ein modernes und zugleich ehrenwertes Interesse an der Dritten Welt in Wort und Tat zeigte. Aber Heinrich Lübke blieb als Redner schwach, zuweilen am Rande der Trivialität und Lächerlichkeit. Sehr bald machten sich bei ihm Anzeichen einer Gehirnverkalkung bemerkbar, und viele Menschen wußten nicht mehr, ob die ihm zugeschriebenen Zitate Witz oder Wirklichkeit waren. Die großen Reden, zu denen der Bildungsbürger Professor Theodor Heuss fähig war, fehlten. Die Sozialdemokraten konnten das Mißtrauen vieler junger Menschen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre allerdings auch nicht für sich nutzen. Vielmehr verlor die SPD als etwas kleinerer Partner der großen Koalition ab Anfang 1967 an Vertrauen, während die NPD mit Werten von acht bis zehn Prozent in zahlreiche Landtage einzog. So schaukelten sich NPD und eine weit linksstehende Außerparlamentarische Opposition noch gegenseitig hoch. Dabei waren die lautstarken Nachwuchsakademiker von 1968 in mancher Beziehung nicht weit entfernt von den nationalsozialistischen Studenten von 1930 und danach. Der Aufstand gegen die Honoratiorenuniversität, das Motto „Macht Platz ihr Alten“, ja selbst Formen wie das Go-in

(also die Störung von Vorlesungen insbesondere jüdischer oder linksdemokratischer Hochschullehrer durch ungebetene Gäste) finden wir beim NS-Studentenbund. Kein Wunder, dass jüdische Wissenschaftler wie Helmut Kuhn und Ernst Fraenkel um 1967/68 eine erneute Emigration in Erwägung zogen. Auch die evangelischen Theologen Helmut Thielicke, Walter Kühneth und Alexander Evertz fühlten sich angesichts der anmaßenden Radikalen von Links an die Nationalsozialisten erinnert. Vor wenigen Wochen hat der Historiker Götz Aly, ein ehemaliger 68er, diesen Vergleich von 68ern und 33ern ausführlich erörtert und mit vielen Zitaten erhärtet. Seine Untersuchung trägt den Titel „Unser Kampf 1968“.

Doch zurück zum Anfang der Studentenrebellion. Stärker als anderswo zeichneten sich die Veränderungen in Berlin ab: Der Chefredakteur der „Welt“, Hans Zehrer, schrieb bereits im Oktober 1965, „die SPD wird von Kräften, die einen Neomarxismus von den Hochschulen mitgebracht haben, unter Druck gesetzt, und sie wird es nicht leicht haben, ihr Godesberger Image vor dem Volk zu wahren“. Weit ausführlicher als die FAZ berichtete die „Welt“ von Aktionen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Berlin, wo Bundeskanzler Ludwig Erhard auf Plakaten als Mörder bezeichnet wurde, und eine genehmigte Demonstration vor dem Amerika-Haus in Gewalttätigkeiten ausartete (ob Steine oder Eier flogen, ist allerdings strittig). Jedenfalls erklärte der Berlin-Beauftragte der Bundesregierung, Ernst Lemmer, in der „Welt“ vom 7. Februar 1966, „die sich steigenden Demonstrationen haben allmählich eine Situation geschaffen, von der aus man unmittelbare Sorge für die Erhaltung der freiheitlichen Demokratie haben muß. (...) Ich fürchte, daß das Ansehen des freien Berlin, das gerade in den USA sehr hoch ist, schweren Schaden erlitten hat“. Der Berliner Korrespondent der „Welt“, Bernt Conrad, forderte die Politiker auf, sich „persönlich“, d.h. als Redner vor Ort, um die politische Bildung der Studenten zu kümmern. Das Prestige der FU habe unter

einer radikal orientierten studentischen Kerntruppe schon erheblich gelitten, so Conrad im Dezember 1966.

Ein Phänomen der westlichen Welt Mitte der sechziger Jahre war das sprunghafte Anwachsen der Studentenzahlen. In Deutschland wurden zwar neue Universitäten gegründet, z.B. in Bochum 1965 und in Konstanz 1967. Außerdem in Bielefeld, Regensburg, Trier, Passau und anderen Orten. Doch sind Lösungsansätze für derartige Probleme meist nicht sofort für die Betroffenen erkennbar. Diese Gründungen gehen jedenfalls nicht auf die 68er zurück, sondern auf christdemokratische Politiker wie Paul Mikat in Nordrhein-Westfalen oder Kurt-Georg Kiesinger in Baden-Württemberg.

Seit Jahren schon stand das Problem der Notstandsgesetzgebung auf der Tagesordnung der Bundesrepublik. Was war damit gemeint? In Ausnahmesituationen wie schweren Naturkatastrophen, Umsturz, Bürgerkrieg und Krieg sollte der Staat handlungsfähig sein. Bisher hätten die westlichen Alliierten eingreifen müssen, insbesondere zum Schutz ihrer Truppen. Eine Notstandsgesetzgebung war Bedingung für die Gewährung der weitreichenden (aber nicht vollständigen) Souveränität 1955. Verschiedene Gesetzesvorlagen erhielten nicht die erforderliche Bundestagsmehrheit. Der publizistische Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung war kennzeichnend für die Themenwahl des Fernsehmagazins „Panorama“ unter den Redaktionsleitern Eugen Kogon und Joachim Fest. Mit dem Zustandekommen der Großen Koalition nahmen die Planungen einen neuen, vielversprechenden Anlauf, und tatsächlich konnten 1968 Notstandsgesetze verabschiedet werden, die der Exekutive eine Erweiterung ihrer Befugnisse (oder mit anderen Worten: eine Beschränkung der Grundrechte) in Ausnahmefällen boten. Dementsprechend erklärten die westlichen Alliierten am 27. Mai 1968, bei der Verabschiedung der Gesetze auf ihre Vorbehaltsrechte zu verzichten. Am 30. Mai 1968 kam die Bundestagsmehrheit nicht zuletzt dank

der Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt und Rainer Barzel zustande. Dagegen schmähten radikale Linke die Notstandsgesetze als „NS-Gesetze“.

Um die Rebellion der Studenten erklären zu können, müssen wir über die Grenzen schauen. Wir kommen nicht an der Politik der Vereinigten Staaten vorbei. Die frühen sechziger Jahre waren in der westlichen Welt von einer Aufbruchstimmung erfüllt. Dies lag an dem beinahe jugendlich wirkenden amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und auch an seiner gescheiterten, geschmackssicheren Frau einerseits. Dieses Präsidentenpaar war ein Vierteljahrhundert jünger als das wenig charismatische Ehepaar Eisenhower. Andererseits waren es die politischen Hoffnungen, die Kennedy weckte und auch recht gut einzulösen begann. Kennedy sprach von „new frontiers“, neuen Grenzen, die sich Amerika setzte. Doch was vielversprechend anfang, versandete nach seiner Ermordung immer mehr. Sein Nachfolger Lyndon Baines Johnson hatte keine Ausstrahlung, jedenfalls nicht hierzulande, und vielleicht nicht einmal außerhalb von Texas. Während Kennedy kurz vor seinem Tod die (noch wenigen) amerikanischen Soldaten wieder aus Vietnam abziehen wollte, erhöhte Johnson ihre Zahl immer mehr und verstrickte Amerika nach dem konstruierten Tonkin-Zwischenfall 1965 vollends in einen Krieg. Im Gegensatz zu den Jahren des Korea-Kriegs 1950-54 konnte die Öffentlichkeit durch die Fernsehbilder einen Eindruck vom Vietnamkrieg gewinnen. Dies war relevant, denn die allermeisten deutschen Haushalte besaßen einen Fernsehapparat. Und diese Fernsehbilder waren verheerend. Das soll unsere Schutzmacht sein, mit den großen freiheitlichen Idealen und einer christlichen Bevölkerung? Amerika, das einer offensichtlich streng autoritären und korrupten Militärkaste gegen die Masse der Bevölkerung mit Napalm hilft? So entstand ein Bruch mit Amerika als Staat, der noch durch die Ereignisse in Amerika selbst vergrößert wurde: Sowohl der Hoffnungsträger der US-Liberalen, Robert Kennedy als auch der protestantische schwarze Prediger Mar-

tin Luther King wurden 1968 ermordet. Die Sozial- und Bürgerrechtspolitik verlor an Schwung, weil die Johnson-Administration immer mehr Geld für den Vietnamkrieg verwendete (oder besser: verschwendete). Wie schon erwähnt: der Krieg in einem sehr fernen Land der Dritten Welt war Teil des abendlichen Fernsehprogramms. Während viele Jugendliche in Europa davon erschüttert waren, blieben ihre Eltern davon eher wenig berührt, denn sie hatten in Krieg und Nachkrieg genügend Erschütterungen erlebt. Auch so kann ein Generationen-Gegensatz bewusst werden.

Zweite These: Das Aufbegehren von 68 war international, doch von Land zu Land durchaus unterschiedlich. In der Bundesrepublik war das Phänomen stärker ideologisch-marxistisch, in den USA eher pragmatisch für Bürgerrechte und gegen den Vietnamkrieg, in Frankreich wegen der Unterstützung durch Künstler, Intellektuelle und viele Arbeiter wiederum anders als in Deutschland, nämlich etwas anarchistisch.

Kommen wir zunächst zur amerikanischen Protestbewegung. Begonnen hatte alles mit dem Free Speech Movement, der Bewegung für die Freie Rede in Berkeley, Kalifornien. Politische Gegensätze zwischen bürgerrechts-orientierten, linken Studenten und der Universitätsleitung schaukelten sich immer weiter hoch. So lud die Universitätsverwaltung zwei politische Aktivisten wieder aus, die von Studenten als Redner eingeplant waren. Studenten wurde es untersagt, einen Informationsstand zu eröffnen. Die Polizei löste studentische Demonstrationen gewaltsam auf. Daraufhin besetzten Studenten das Verwaltungsgebäude der Universität. Als Dachverband der Protestbewegung entstand die Bewegung für die freie Rede. Das war bereits 1964. In Amerika nahm der Protest gegen den Vietnamkrieg immer mehr zu. Sänger wie Bob Dylan und Joan Baez waren im gleichen Jahr die Stimmen der Protestbewegung. Im Gegensatz zu den linksradikalen Aktivisten hierzulande ab den späten sechziger Jahren stellten die demonstrierenden Studenten

dort das System selbst kaum oder gar nicht in Frage. Im Gegenteil, sie wollten gute Amerikaner sein. In den USA wurden Einberufungsbefehle oder die in Vietnam erhaltenen Auszeichnungen öffentlich verbrannt. Die Johnson-Administration reagierte mit der illegalen Überwachung von Friedensaktivisten durch FBI und CIA. Im April 1965 demonstrierten in Washington (D.C.) 25.000 Menschen, im April 1967 400.000 Menschen in New York. Im Oktober 1967 fand schließlich der Marsch auf Washington statt, an dem 100.000 Demonstranten teilnahmen. Vor dem Kapitol drückte Dr. Martin Luther King seine Hoffnung auf eine von Rassismus und Gewalt befreite Gesellschaft aus. Um die 50.000 Kriegsdienstverweigerer flohen nach Kanada. Allerdings bildete sich zwischen den Bürgern der Unterschicht, die das Gros der Bodentruppen stellten, und den Aktivisten, die von den Gefechten zumeist nur über Medienberichte erfuhren, eine Distanz, die den ganzen Krieg über bestehen blieb. Außerdem war die Antikriegsbewegung gespalten zwischen jenen Aktivisten, die lediglich den Abzug der Bodentruppen forderten und denen, die den Krieg als ein Verbrechen gegen das vietnamesische Volk interpretierten. Die Moral innerhalb der US-Armee wurde mit zunehmender Dauer des Krieges immer schlechter. Viele Soldaten sahen keinen Sinn darin, in Vietnam ihr Leben zu riskieren, zumal ein Sieg in immer weitere Ferne rückte. Es kam auch zu Formen des Widerstands und zu Befehlsverweigerungen. Soldaten stellten Antikriegs-Zeitschriften her und verteilten sie heimlich. Vorgesetzte wurden angegriffen und auch erschossen. Als während der Tet-Offensive Anfang 1968 die Zuschauer die vorübergehende Konfusion der US-Verbände, das gewalttätige Chaos in Saigon und Hué und die Gnadenlosigkeit der Konfrontation live im Fernsehen miterleben konnten, kippte die Stimmung, nicht zuletzt in den Medien selbst. Viele von denen, die den Krieg anfänglich unterstützt hatten, fühlten sich von den Politikern in die Irre geführt. Die überwältigende Mehrheit der US-Amerikaner wollte nun zumindest die

eigenen Soldaten möglichst schnell aus Vietnam abziehen.

In Frankreich gab es unter der Präsidentschaft des alternden Charles de Gaulle ebenfalls offenkundige Mißstände im Bereich Hochschule und Bildung. Der Protest begann mit bildungspolitischen Forderungen Ende 1967. Die Zahl der Studenten hatte sich seit den 50er Jahren verdreifacht, und Veränderungen waren zwischen Politikern und Fachleuten bereits im Gespräch, doch Ergebnisse standen noch aus. Der Protest setzte sich im Februar 1968 mit einer Demonstration von Filmschaffenden und Unterstützern gegen eine Personalentscheidung von Kultusminister Andre Malraux fort. 5000 Menschen, darunter Prominente wie die Regisseure Francois Truffaut, Jean-Luc Godard und der Schriftsteller Jean Paul Sartre demonstrierten, Hundertschaften von Polizisten prügelten auf sie ein.

Im Mai 1968 löste die Polizei Demonstrationen und Besetzungen an der Sorbonne gewaltsam auf. Sehr rasch folgten Demonstrationen in der Pariser Innenstadt, die ebenfalls gewaltsam aufgelöst wurden. Auch hier stellt sich die Frage, ob Vertreter des Staates nicht übermäßig reagierten und eine Anzahl Gemäßigter den Radikalen zutrieb. Als die Studenten Barrikaden bauten, nahm die Auseinandersetzung revolutionären Charakter an. Im Gegensatz zu Deutschland wurde der Generalstreik ausgerufen, an dem sich fast zwei Millionen Arbeitnehmer beteiligten. Dabei wurden eher konventionelle Forderungen wie Lohnerhöhungen ebenso erhoben wie radikal-politische. Es kam zu Engpässen in der Treibstoffversorgung, die Infrastruktur war sehr stark beeinträchtigt. Der wilde Generalstreik zog sich fast über einen Monat hin. Charles de Gaulle verschwand für einen rätselhaften Blitz-Besuch nach Baden-Baden zu den französischen Truppen in Deutschland.

War Frankreich nun vollkommen rot geworden? Nein: Die Kommunistische Partei Frankreichs, die im übrigen noch bis weit in die achtziger Jahre für ihre UdSSR-

Orientierung bekannt war, fiel während der 68er Unruhen durch ihre Distanzierung von der Studentenbewegung und den Streikenden auf. Ende Mai zeigten sich die Gegner der 68er unter Führung von Ex-Ministerpräsident Michel Debré und André Malraux in einer Massenkundgebung vor mehreren hunderttausend Bürgern und sorgten damit für einen Meinungsumschwung. Premierminister Pompidou versprach Reformen. Charles de Gaulle allerdings verfehlte 1969 bei einem Plebiszit die Mehrheit und trat daraufhin zurück.

Es gab auch ein „1968“ jenseits des Eisernen Vorhangs. Und dessen Einstellung unterschied sich teilweise vollkommen von der Außerparlamentarischen Opposition in Berlin-West. Aus Marienbad hat mir ein Verwandter, der sich dort als Tourist aufhielt, den Satz eines Tschechen überliefert, „als nächstes schmeißen wir die Kommunisten aus dem Rathaus“. Mit anderen Worten: während in den „Hauptstädten der Bewegung“, Berlin (West) und Frankfurt, rote Fahnen geschwenkt wurden, wollte eine unbekannte Zahl von Tschechoslowaken den „real existierenden Sozialismus“ vollständig durch ein freiheitlich-demokratisches System ersetzt sehen.

Dritte These: Die Haltung der Bevölkerung, auch der jüngeren Generation war zum allergrößten Teil gegen die linksradikalen Studenten gerichtet. Es gab in der jungen Generation sehr viele, die politischen Radikalismus als „Spinnerei“ ablehnten und sich für ihre Ausbildung, ihre Bildung oder ihren Beruf einsetzten, also für Integration und Aufstieg in die Gesellschaft. Und sie hatten völlig andere Interessen als (linke) Politik.

Im Juli 1967 untersuchte das Institut für Demoskopie in Allensbach die Haltung der Bevölkerung zu Studentenprotesten. 20 Prozent unterstützten die Antwortvorgabe „Studenten sollen überhaupt nicht demonstrieren“, 44 Prozent meinten „Studenten sollen höchstens dann demonstrieren, wenn es um Universitäts- und Hochschulprobleme geht“, während nur 26 Prozent den Stu-

denten „durchaus zubilligen“ wollten, „daß sie wegen politischer Fragen auf die Straße gehen und demonstrieren“.

Eine andere gleichzeitig entstandene Erhebung ergab ein ähnliches Bild. 53 Prozent der Befragten lehnten Studentendemonstrationen grundsätzlich ab, 31 Prozent befürworteten sie grundsätzlich, während 16 Prozent unentschieden waren oder kein Urteil abgaben. Mit dieser hohen Bereitschaft, sich für eine Antwortvorgabe zu entscheiden, zeigt sich, dass das Interesse der Bevölkerung an den dem Phänomen „Studentenrevolte“ hoch und die Polarisierung der Meinungen weit fortgeschritten war. Während die Anhänger von CDU, CSU und SPD mit großen Mehrheiten Studentendemonstrationen weitgehend ablehnten, hielten sich bei den Anhängern der FDP Befürworter und Gegner die Waage.

Als im September 1968 die gleiche Frage erneut gestellt wurde, war die Meinungsverteilung kaum verändert. Die Zusatzfrage, wie groß der Anteil der Springer-Presse an der täglichen Zeitungslektüre sei, ergab: Die Meinungsverteilung änderte sich dadurch erstens wenig und zweitens nicht proportional. Es ließ sich also nicht nachweisen, daß die häufige Lektüre von Zeitungen aus dem Hause Springer dazu führte, Studentendemonstrationen grundsätzlich abzulehnen. Meines Erachtens spielten Fernsehbilder und die Gespräche untereinander in der Meinungsbildung eine weit größere Rolle als überregionale Zeitungen. Im Laufe des Jahres 1967/68, insbesondere nach den gewalttätigen Osterunruhen 1968 gegen den Axel-Springer-Verlag, stieß die Studentenbewegung in Berlin auf wachsenden Widerspruch. Bei 69 Prozent der befragten Berliner in der Altersgruppe 16 bis 30 Jahre hatte die Sympathie für den Studentenprotest abgenommen, bei 26 Prozent zugenommen. Per saldo sagten also 43 Prozent: Die protestierenden Studenten sind uns unsympathischer geworden. Und das war exakt ihre Generation. Noch deutlicher war das Meinungsbild bei den über 30 Jährigen: bei 84 Prozent hatten die Sympathien ab- und nur bei elf Prozent zugenommen.

Per saldo also 73 Prozent zuungunsten der Linksradikalen.

Die polizeilichen Maßnahmen anlässlich der Osterunruhen hielten 43 Prozent der 16- bis 30-jährigen Berliner für angemessen, 24 Prozent für zu weich, 31 Prozent für zu hart. Alle anderen Altersgruppen fanden mehrheitlich, die Polizei habe angemessen oder zu weich gehandelt. Als „unberechtigt“ sahen immerhin 46 Prozent der 16- bis 30-jährigen und als berechtigt 50 Prozent dieser Altersgruppen die Proteste an. Je älter die Befragten, desto stärker die Ablehnung: 63 Prozent der 31- bis 50-jährigen und 67 Prozent der über 50-jährigen Berliner hielten die Proteste für unberechtigt.

Gleichzeitig waren 73 Prozent der Berliner der Auffassung, Studenten müssten „stärker beaufsichtigt“ werden. Die Bevölkerungsmehrheit brachte Studentendemonstrationen weitgehend mit Gewalt in Verbindung.

Noch im Sommer 1969 sah es eine knappe Dreiviertelmehrheit der Bevölkerung als sehr wichtig an, dass das „Studentenproblem“ gelöst wird. Dabei waren sich die Anhänger der verschiedenen Bundestagsparteien weitgehend einig. Rund 70 Prozent der Befragten lehnten eine völlige Umgestaltung der Verhältnisse hierzulande ab. Auch 54 Prozent der Jungwähler schlossen sich der Ablehnung der „Ideen von 1968“ an. Insofern kann von einer Sprecherrolle der linksradikalen Studenten für „die Jugend“ keine Rede sein.

Vierte These: Widerstandsnester gegen die Linksradikalen ... entstanden immer wieder dort, wo die Konfrontation am heftigsten war: im Bereich der Wissenschaften, der Evangelischen Kirche und der Schulen.

1969 entstand in Berlin die Notgemeinschaft für eine freie Universität, bestehend aus Professoren, Assistenten, Oberärzten, Studenten sowie Lehren außerhalb der Universität. Mitbegründer war Otto von Simson, ein jüdischer Kunsthistoriker, einer der renommiertesten seines Faches überhaupt,

und einer, der 1933 emigrieren musste. Dennoch bekam die Nofu schnell das Etikett „faschistisch“ oder zumindest „reaktionär“ aufgedrückt. Sie umfasste 3000 bis 4000 Personen, neben Dozenten der FU auch Lehrer, die nicht direkt mit den Berliner Universitäten verbunden waren. Dem Berliner Senat war es zwar allmählich gelungen, die Unruhen – etwa Gewalt gegen den Springer-Verlag – in der Stadt selbst in den Griff zu bekommen. An der Freien Universität sah es allerdings nicht danach aus, vielmehr waren dort Vorlesungsstörungen, Gewaltdrohungen und sogar tätliche Angriffe gegen Professoren an der Tagesordnung. Übrigens wechselte wegen der 68er Umtriebe der Jura-Professor Roman Herzog (selbst erst 35 Jahre) von Berlin an die Verwaltungshochschule ins beschauliche Speyer. Die Notgemeinschaft für eine freie Universität stellte für die Öffentlichkeit Zeitungsberichte und Aussagen von Betroffenen über die linksradikale Umtriebe zusammen, sie verteilte sogar entsprechendes Aufklärungsmaterial vor Fabriken und in U-Bahn-Höfen, sie schaltete Zeitungsanzeigen und nutzte Litfaßsäulen. Hier läßt sich also von einem echten Widerstand der Tat sprechen und nicht nur von einem Widerspruch durch Worte. Die Notgemeinschaft wurde später zu einem Landesverband des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Die Notgemeinschaft veröffentlichte zwischen 1974 und 1980 die Namen derjenigen Studenten, die bei Studentenparlamentswahlen auf den Listen der sog. Aktionsgemeinschaften für Demokratie und Sozialismus kandidierten. Denn dabei handelte es um eine Agentur der SED, also um Verfassungsfeinde. Mit anderen Worten: In einer Auflage von 11000 Stück gingen derartige Listen an die großen Firmen. Prof. Klaus Motschmann hat in unserem Sammelband davon berichtet, und festgestellt: „Das war ein Erfolg, eine scharfe Waffe, denn mancher Unterwanderer ist dadurch hängengeblieben, andere haben sich nachweislich zurückgehalten.“ Natürlich bedeutete dies eine Schmälerung der beruflichen Chancen jener Studenten, die auch Prozesse anstrebten – doch die Nofu gewann alle Verfahren. Sie erstellte auch einen Studien-

führer, der auf die intakten Bereiche der FU wie Medizin und Jura hinwies, aber vor den zumindest teilweise umfunktionierten Fakultäten wie den Sozialwissenschaften warnte. Die Kontakte zum Berliner Senat waren inoffiziell und von taktischen Erwägungen bestimmt. Dort reichte die Nofu Material ein, gefragt und ungefragt. Die hochschulpolitische Sprecherin der CDU, Ursula Besser, gehörte der Nofu an und machte daraus auch keinen Hehl.

1970 formierte sich der Bund Freiheit der Wissenschaft keineswegs nur aus konservativen Ordinarien, sondern auch aus liberalen und sozialdemokratischen Dozenten, die Reformen mit Augenmaß wünschten, aber größten Wert auf Wissenschafts- und Lehrfreiheit legten. Zu ihnen gehörte Ernst Nolte, dessen Lehrveranstaltungen an der ehemals freien Universität – wie man damals sagte – regelmäßig gestört wurden. Der Bund Freiheit der Wissenschaft dokumentierte zahlreiche extremistische Straftaten, z.B. folgende Drohungen kommunistischer Studenten gegen den Anglistikprofessor Manfred Scheler (FU Berlin) vom 29. November 1973: „Dich Sau schaffen wir auch noch. Du bist der erste, der einen Gennickschuß abkriegt“. Im gleichen Jahr sagte ihm ein Mitglied des Kommunistischen Studentenverbandes: „Wir werden Sie später in ein Arbeitslager stecken, wo Sie umerzogen werden, Sie Repräsentant der Bourgeoisie“. Der Grund war, dass Scheler den Radikalen keine Möglichkeit bot, sich in seinen Vorlesungen darzustellen.

Mit Absicht zitiere ich diese Sätze aus den frühen siebziger Jahren, die aufzeigen, dass sich der Linksextremismus nicht alleine auf das Jahr 1968 beschränkte.

Zum Bund Freiheit der Wissenschaft gehört auch Hermann Lübke, der sozialdemokratische Politikprofessor Richard Löwenthal, der Fernsehjournalist Gerhard Löwenthal und viele andere mehr, die keineswegs nationalkonservativ oder wie auch immer „rechts“ waren. Insofern war der Bund Freiheit der Wissenschaften durchaus das in Westdeutschland, was die Nofu in Berlin

war. Und wie wichtig der Bund Freiheit der Wissenschaft war, wird aus einer Agitationsbroschüre des Kommunistischen Studentenverbandes an der Uni Köln von 1972/73 deutlich, in der stand, man müsse „durch massive Aktionen gegen einzelne Vertreter oder einen ganzen Klüngel des Bundes Freiheit der Wissenschaften der Bourgeoisie dieses besonders widerwärtige Instrument aus der Hand schlagen“.

Elisabeth Noelle-Neumann, Publizistikprofessorin in Mainz, erhielt Drohanrufe – bis 1989, als sich die SED-Herrschaft auflöste. Sie hatte auch den begründeten Verdacht, dass einige ihrer Gegner immer wieder in die DDR fuhren, denn im Gegensatz zur seinerzeitigen Langhaar-Mode kamen diejenigen stets mit einem Schnitt, der aussah, als wäre ein Militärfriseur zu Werke gewesen. Es waren die gleichen, die über die Journalistik-Sektion an der Leipziger Karl-Marx-Uni genau Bescheid wussten und lieber Lenins Pressetheorie hören wollten. Einen Lehrauftrag für Gerhard Löwenthal über journalistische Berufspraxis konnten linke Studenten in Mainz verhindern. Das war im Sommer 1970. Im Jahr darauf besetzten Noelle-Gegner sogar das Institut für Publizistik, und die Sekretärin war tapfer genug, weitere Übergriffe vor allem auf den Tresor mit wichtigsten Unterlagen abzuwehren.

In der Evangelischen Kirche waren nach 1945 sozialistische Einstellungen, gar eine kommunistenfreundliche Haltung, zunächst absolute Randphänomene. Einige wenige Positionen konnten dennoch von Vertretern dieser Richtung besetzt werden, die ihren Einfluß im Laufe der nächsten Jahrzehnte ausbauen konnten. Es war wiederum Prof. Klaus Motschmann, der sich in der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland ab 1967 engagierte: Vorträge, Gutachten, Erklärungen, Korrespondenz, persönliche Kontakte. Er redigierte die Zeitschrift „Konservativ heute“ mit einer Auflage von 2000. Sie ging 1980 in Caspar von Schrenck-Notzings „Criticon“ auf. Nicht zuletzt leitete er das Monatsblatt „Erneuerung und Abwehr“ der evangelischen Not-

gemeinschaft mit einer Auflage von 7000. Als Argumentationshilfe für nicht-linke Pfarrer, Eltern, Lehrer mögen diese Zeitschriften ihren Wert gehabt haben. Zu nennen sind auch die evangelischen Theologen Helmut Thielicke, Alexander Evertz und Walter Kühneth, die sich bereits in der Bekennenden Kirche gegen einen Missbrauch der Kirche durch die Politik eingesetzt hatten und nun statt einer Braunfärbung eine Rot-Durchwirkung diagnostizierten. Evertz, der langjährige Vorsitzende der Notgemeinschaft, schrieb bereits 1964: „Es ist Dummheit und Wahnsinn zugleich, wenn man die alten Lebensordnungen von Familie, Volk und Vaterland auslöschen möchte. Man vernichtet damit die gesunden Grundlagen für eine größere Einheit. Das ist aber genauso, als wollte man eine Stadt in den Wolken bauen“. 1968 kritisierte er die politische Ausrichtung der Kirche grundsätzlich, die er als Zerstörung des christlichen Glaubens ansah.

Wenn es um „Widerstandsnester“ geht, muß auch die Tageszeitung „Die Welt“ genannt werden. Ich hatte sie bereits vorhin erwähnt. In Person ihres Korrespondenten Bernt Conrad forderte sie Hochschulrektoren auf, gegen die Anmaßungen der radikalen Linken mit disziplinarischen Mitteln vorzugehen. Sie fragte auch die Polizeipräsidenten, was gegen 68er Gesetzesbrecher getan wurde und zu tun ist. Weit ausführlicher und frühzeitiger als die FAZ behandelte die „Welt“ das Problem der Ausschreitungen in Berlin.

Wie sah es an den Schulen aus? Dort war die Lage je nach Bundesländern und Landesregierungen unterschiedlich. Der Hessische Elternverein, der ähnlich wie der Bund Freiheit der Wissenschaft auch viele nicht-konservative Mitglieder in seinen Reihen hatte, war eine Anti-68er Bürgerinitiative gegen Theorie und Praxis der Schulpolitik des Kultusministers Ludwig von Friedeburg. Friedeburg setzte sich entschiedener als andere sozialdemokratische Kultusminister für den Ausbau von Gesamtschulen und Förderstufen ein, oder mit anderen Worten: gegen die freie Schulwahl und

gegen ein dreigliedriges Schulsystem. Es ist sogar festzustellen, daß Hessen als erstes Bundesland Integrierte Gesamtschulen einführte.

Hinzu kam eine Abwertung, wenn nicht gar Abschaffung des Geschichtsunterrichts zugunsten von Gesellschaftslehre. Junglehrer – wie man damals sagte – mit neomarxistischem Hintergrund konnten Konflikt- und Emanzipationstheorien in den Unterricht einbringen, d.h. Klassenkampf in der Wirtschaft und Interessengegensätze von Kindern und Eltern lehren. Diese Inhalte und Formen stießen nicht nur bei Konservativen, sondern auch bei zahlreichen SPD-Wählern auf Widerstand.

Der Hessische Elternverein HEV, gegründet 1972, wandte sich dementsprechend gegen politische Indoktrination im Unterricht und setzte sich für die gleichberechtigtes Nebeneinander der bisherigen Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium ein. Den Eltern stehe die freie Schulwahl für ihre Kinder zu.

Erfolge? Der HEV sorgte zunächst einmal für einen Informationsaustausch der betroffenen Eltern untereinander. HEV-Mitglieder wirkten als Elternbeiräte so engagiert, daß schließlich sie sogar den Landeselternbeirat stellten oder erreichten, daß dieser aus ihnen nahe stehenden Personen bestand. Der HEV konnte nach relativ kurzer Zeit als die Organisation der hessischen Eltern gelten, denn er umfasste bereits 1974 8000 Mitglieder. Insbesondere konnte er durch seine Schulbuchkontrollen erreichen, dass manche linke Inhalte von dort verschwanden. Ein Gutachten der 68er-Gegner Hermann Lübke und Thomas Nipperdey (die beide lange Zeit der SPD angehörten) im Auftrag des Hessischen Elternvereins war nichts anderes als eine vernichtende Kritik an den Rahmenrichtlinien Geschichte/Gesellschaftskunde und damit eine erhebliche Blamage für das Kultusministerium, zumal die beiden Gutachter eigentlich Sozialdemokraten waren. Manche Gerichtsverfahren, v.a. vor Verwaltungsgerichten konnte der HEV für sich entscheiden. Einer der größten Erfolge war das Ur-

teil des Staatsgerichtshofes von 1981, wonach es unmöglich wurde, die Fächer Deutsch und Geschichte abzuwählen.

Im Fernsehen war es das ZDF-Magazin Gerhard Löwenthals, das beständig über die Ausschreitungen an den Universitäten einerseits, über sozialistische Schulpolitik andererseits berichtete. Auch dort waren es bei weitem nicht nur Christdemokraten, sondern auch Sozialdemokraten der Godesberger Richtung, die als Studiogäste linksradikale Fehlentwicklungen anprangerten. Eine Einschränkung: Das ZDF-Magazin startete am 8. Januar 1969, nicht 1967 oder 1968. Die meisten Beiträge über linksradikale Gruppe, Studenten, Lehrer usw. stammten aus den frühen siebziger Jahren. Damit hob sich das ZDF-Magazin unter Löwenthal, der von Haus aus ein engagierter Verfechter des vereinigten Europa war und in Berlin bis 1958 stets die SPD wählte, von anderen Fernsehjournalisten ab. Angesichts der engen Bindung zahlreicher Zuschauer an Löwenthal – er hatte eben seine Gemeinde, der er predigte – flossen die Informationen nicht nur einseitig von ihm an die Zuschauer, vielmehr erhielt er in vielen Zuschauerbriefen auch Hinweise auf linksradikale Vorfälle, etwa nach dem Muster: „Ich habe im ZDF-Magazin den Beitrag über Gesamtschulen in Dietzenbach/Hessen gesehen – vielen Dank, das war ein wichtiges Thema, wir haben in Frankfurt die gleiche Erfahrung gemacht“ usw.

Auch in der SPD wollten unter anderem Helmut Schmidt, Georg Kronawitter und Hans-Jochen Vogel den zunehmenden Neomarxismus insbesondere der Jusos nicht hinnehmen. Vogel und Kronawitter konnten sich in München gegen die 68er nicht halten; wenn nämlich Parteiversammlungen waren, zogen die radikalen Linken alles in die Länge, bis die traditionellen SPD-Mitglieder genervt nach Hause gingen, denn sie hatten als gewöhnliche Arbeitnehmer am nächsten Tag zu arbeiten. Irgendwann hatten die Linksradikalen dann die Mehrheit, setzten ihre Beschlüsse durch und verprellten mit derartigen Inhalten die Wechselwähler. Daher wandte sich bei-

spielsweise Kronawitter heftig gegen die Juso-Funktionäre, weil er um die Wahlergebnisse zu Schaden der SPD und zugunsten der CSU fürchtete. Helmut Schmidt war ein spätes Opfer der 68er, die seinen proatlantischen Kurs anlehnten und auch in der Wirtschaftspolitik klassisch-sozialistische Maßnahmen forderten. Bereits 1971 und 1972 waren Alex Möller und Karl Schiller von ihren Ministerämtern zurückgetreten, weil sie mit der ökonomischen Ahnungslosigkeit der Jusos keine Politik machen konnten.

Fazit

Das Phänomen der 68er ist nicht tot. Vielmehr habe diejenigen, die den Marsch durch die Institutionen einschlugen, viele ihrer persönlichen (Karriere-)Ziele erreicht. Sie haben zwischenzeitlich manche Meinungen geändert, ebenso wie die Bevölkerungsmehrheit auch viele Sachverhalte anders sieht als vor 40 Jahren.

Es gelang den Linksradikalen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, sich Fortsetzer und Nachfolger heranzuziehen, die unter dem Vorzeichen der politischen Korrektheit konservative Politiker und Journalisten ausschließen. So stufen sich die meisten Journalisten links oder links von der Mitte ein, ganz egal, ob wir nun Befragungen von Noelle-Neumann oder anderen Wissenschaftlern heranziehen, und auch gleichgültig, ob wir Daten von 1976 oder 1994 oder neueren Datums nutzen. Demgegenüber haben die konservativen einmal mehr eine Schlacht verloren, weil sie, wie stets, uneinig waren und zu wenig Wert auf Öffentlichkeitsarbeit legten. Wir müssen vielmehr offen legen:

Die sogenannten 68er begannen nicht die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, denn zahlreiche wissenschaftliche und literarische Werke darüber lagen längst vor. Vielmehr haben 68er mit ihrer Verehrung für Mao, Lenin, Ho Chi Minh und Che Guevara eine geistige Nähe zu totalitären, teilweise auch strikt nationalen Personen gezeigt. Ho gewann

zahlreiche Anhänger eben nicht durch die kommunistische Utopie oder die sozialistische Praxis in Nordvietnam, sondern weil er als Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung, also der nationalen Kräfte Vietnams galt.

Die Demokratie in der Bundesrepublik wurde nicht durch die 68er gefördert, vielmehr haben Linksradikale mit teilweise kriminellen Methoden gegen die gesetzlich fixierten Rechte gekämpft, beispielsweise durch Bedrohung und Belästigung von Dozenten. Durch Straßenkämpfe gegen die Polizei haben sich viele von ihnen als kriminelle Staatsfeinde gezeigt.

Die 68er vertieften die Kluft zwischen den Generationen. In der Bundesrepublik Deutschland waren in den siebziger Jahren die Einstellungs- und Meinungsunterschiede zwischen den Generationen beispielsweise bezüglich Religion und Sexualität

größer als in vergleichbaren westlichen Ländern, weit größer jedenfalls als in den Vereinigten Staaten. Aber auch die Einstellungs- und Meinungsverschiedenheiten zwischen den 68ern selbst und ihren Kindern dürften erheblich sein.

Zu den 68er Folgen gehört auch die gewachsene Wertschätzung der Freizeit zugunsten der Arbeit. Mitte der siebziger Jahre war die Zahl derjenigen, die sich ein glückliches Leben auch ohne Arbeit vorstellen konnten, gegenüber den sechziger Jahren sprunghaft angestiegen. Anders ausgedrückt: Arbeit wurde stärker als Last empfunden, das Glück vermehrt in der Freizeit gesucht.

In Anlehnung an Noelle-Neuman läßt sich wohl abschließend diagnostizieren, dass die Studentenrevolte in der Bundesrepublik eine größere Wirkung entfaltet hatte als anderswo.

Vortrag des Autors bei der SWG, Regio Kiel am 16.05.2008

Stefan Winckler, geb.1967 in Schöllkrippen/Unterfranken, Studium der Publizistik, Politikwissenschaft, Mittlere und neuere Geschichte in Mainz mit Abschluß Magister Artium (M.A.). Selbständiger Publizist. Buchveröffentlichungen: Ein kritischer Journalist aus Berlin: Gerhard Löwenthal (!997), Der Verfassungsschutz: Auf der Suche nach dem verlorenen Feind (Hrsg. mit Hans-Helmuth Knütter, 2000), Handbuch des Linksextremismus (Hrsg. mit A. Klein-Zirbes, 2002), In Verantwortung für die Marktwirtschaft (Hrsg. mit A. Jebens,2002), Die 68er und ihre Gegner (Hrsg. mit H. Becker und F. Dirsch, 2003), Die demokratische Rechte (2005); Mitglied des Bismarckordens.